

**Niederschrift über die Sitzung des
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 2. Juli 2012**
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Mitglieder des VSKA: Kreisräte/innen:

Fabriz, Häußermann, Dr. Ketterer (bis 17:30 Uhr), Kölz, Metzger, Sczuka, Wersch	(CDU)
Fokken, Hestler, Kaufmann, Möhrle, Völker (bis 17:30 Uhr)	(SPD)
Lenk (bis 17:35 Uhr), Meßmer	(FDP-FW)
Häuser, Hesky, Jasper, Ostfalk (bis 17:34 Uhr)	(Freie Wähler)
Besa, Fauth-Rank	(GRÜNE)

Die stv. Ausschussmitglieder: Wilhelm (FDP-FW)

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich
Kreiskämmerer Geißler
Dezernent Bauer
Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin
Frau Strauß, GB Kreisprüfung
Herr Dr. Vogt, GB Schulen, Bildung und Kultur
Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken

Weitere Mitarbeiter
Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:33 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 16:35 Uhr

Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 17:52 Uhr

§ 1

Wahl des 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses
(Drucksache 2012-38-VSKA02.07.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig:

Statt Kreisrat Karl-Otto Völker wird Kreisrat Martin Kaufmann zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses gewählt.

Auszüge:

2 Kreistagsgeschäftsstelle

§ 2

a) Eröffnungsbilanz des Rems-Murr-Kreises zum 01.01.2010

(Drucksache 2012-39-VSKA02.07. 2012-35VSKA02.07.)

b) Prüfbericht zur Eröffnungsbilanz des Rems-Murr-Kreises zum 01.01.2010

(Drucksache 2012-40-VSKA02.07.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Kreiskämmerer Geißler führt aus, der Wechsel von der Kameralistik zur Doppik sei zum 01.01.2010 erfolgt. Nach diesem Rechnungskonzept solle jede Generation die von ihr verbrauchten Ressourcen mittels Entgelten und Abgaben wieder ersetzen, um nicht künftige Generationen damit zu belasten. Die Umstellung sei ein Kraftakt gewesen, der neben den täglichen Aufgaben mit „Bordmitteln“ bewältigt werden musste. Laufende Gesetzesänderungen und fehlende Vorgänge und Vorlagen seien der Grund für die verspätete Fertigstellung der Eröffnungsbilanz und des Jahresabschlusses 2010 gewesen. Während die Haushalte der Jahre 2010, 2011 und 2012 bereits auf Basis der Doppik erstellt worden seien, werde nun erstmals eine Bilanz des Rems-Murr-Kreises vorgelegt. Der Geschäftsbereich Kreisprüfung habe einige wenige Punkte festgestellt, bei denen im gesetzlich vorgegebenen Zeitraum Korrekturen z.B. bei der Bewertung und Bilanzierung nötig seien. Die abschließende Klärung der noch offenen Fragen werde im Rahmen der noch ausstehenden GPA-Prüfung erfolgen. Der Geschäftsbereich Kreisprüfung habe in seinem Prüfungsbericht festgestellt, dass unter Berücksichtigung seiner Anmerkungen und der durchzuführenden Berichtigungen, die Eröffnungsbilanz in der vorgelegten Form als Grundlage für den Jahresabschluss 2010 vom Kreistag beschlossen werden könne.

Kreisrat Sczuka erklärt zur Geschäftsordnung, nachdem die Sache ausführlich vorbereitet worden sei, könne man sich nach seiner Ansicht auf elementare Punkte beschränken.

Hierzu signalisiert der Ausschuss sein Einvernehmen.

Geschäftsbereichsleiterin Strauß erklärt, es seien noch kleinere Konkretisierungen und Berichtigungen vorzunehmen. Sie könne jedoch die Zustimmung zur Eröffnungsbilanz empfehlen.

Landrat Fuchs fügt hinzu, dass die wesentlichen und bekannten Vorgaben Eingang gefunden hätten. Feinjustierungen seien zulässig und würden nach Klärung noch vorgenommen.

Kreisrat Kölz sieht die Bewertung des ursprünglich für die geplante Müllverbrennungsanlage im Dornhau vorgesehenen Grundstücks kritisch. Hier handle es sich um einen regionalen Grünzug.

Frau Kugler, Geschäftsbereich Finanzen erwidert, dieses müsse nach den Anschaffungskosten und Herstellungskosten bilanziert werden. Erst nach einem Verkauf werde der dann erreichte Wert angesetzt.

Kreisrat Hesky erklärt, die Fraktion der Freien Wähler könne zustimmen. Er bitte darauf zu achten, dass eine Risikoabschätzung vorgenommen werde. Risiken und stille Reserven müssten sich in der Waage halten.

Kreisrätin Fauth-Rank hat ebenfalls den Eindruck, dass noch „Grauzonen“ und Ermessensspielräume bestünden. Andererseits sei der Rems-Murr-Kreis ein „Vorreiter“ und innovativ.

Kreisrat Sczuka erklärt, nachdem wohl kein Wahlrecht bestehe bei den Anschaffungs- und Herstellungskosten, bitte er um Auskunft, ob die eine Differenz beim Verkauf z.B. der Krankenhausareale, über die Kreisumlage aufgebracht werden müsse.

Frau Kugler antwortet, falls die Erlöse abweichen würden, werde eine außerordentliche Aufwendung erforderlich, die als Sonderergebnis einfließe und das Basiskapital belaste, jedoch keinen Einfluss auf die Kreisumlage habe.

Der Ausschuss beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung die Beschlussvorschläge der Verwaltung:

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich aus den Prüfungsbemerkungen ergebenden Bilanzkorrekturen innerhalb der gesetzlichen Frist zu vollziehen.
2. Den bei der Bewertung von Aktiva und Passiva angewandten Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten wird zugestimmt.
3. Der Kreistag stellt die Eröffnungsbilanz des Rems-Murr-Kreises zum 01.01.2010 (siehe Drucksache 2012-35) fest.

Beschlussempfehlung an den Kreistag:



Der Kreistag nimmt den Prüfbericht über die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2010 des Geschäftsbereichs Kreisprüfung zur Kenntnis.

Auszüge:

2 GB Finanzen

1 GB Kreisprüfung

§ 3

a) Jahresabschluss des Rems-Murr-Kreises 2010

(Drucksache 2012-41-VSKA02.07., 2012-36-VSKA02.07.)

b) Schlussbericht 2010

(Drucksache 2012-42-VSKA02.07.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksachen.

Kreiskämmerer Geißler erläutert den Jahresabschluss 2010 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er führt insbesondere aus, nachdem im Jahr 2010 die Wirtschaftskrise auch im Rems-Murr-Kreis Wirkung gezeigt habe, seien von Verwaltung und Politik Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung entwickelt worden.

Erfreulicherweise habe das Gesamtergebnis 2010 mit rund 2,9 Mio. Euro besser abgeschlossen werden, als ursprünglich geplant. Bei Betrachtung des Haushaltsausgleichs nach „altem“ Recht, ergebe sich damit eine gegenüber der Planung um 2,4 Mio. Euro höhere Nettoinvestitionsrate. Diese Verbesserungen seien auf die um 2,5 Mio. Euro höher ausgefallenen Schlüsselzuweisungen, Mehrerträge bei Erstattungen von Bund und Land in Höhe von 1,21 Mio. Euro, Wenigeraufwendungen bei Zinsaufwendungen in Höhe von 1,5 Mio. Euro und beim Zuschuss an die Rems-Murr-Kliniken in Höhe von 0,85 Mio. Euro zurückzuführen. Dadurch hätten sogar die Nettomehraufwendungen bei den Sozial- und Jugendhilfeleistungen in Höhe von 4,35 Mio. Euro aufgefangen werden können.

Geschäftsbereichsleiterin Strauß weist darauf hin, dass die örtliche Prüfung keine wesentlichen Beanstandungen ergeben habe. Sie erläutert die Schwerpunkte des Schlussberichts 2010. Die darin enthaltenen Kennzahlen seien die Steuerungsinstrumente für die Zukunft. Sie könne die Annahme des Jahresabschlusses 2010 empfehlen.

Kreisrat Lenk erklärt, das vorgelegte Ergebnis sei ordentlich. Bedenklich sei jedoch nach wie vor die Entwicklung im Sozial- und Jugendhilfebereich. Er bitte um Auskunft zum Stand des Sozialhilfegutachtens.

Landrat Fuchs antwortet, man versuche derzeit, das Arbeitsprofil mit den Großen Kreisstädten abzustimmen und das Thema Sozialhilfegutachten dann in den Sozialausschuss einzubringen.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig bei 1 Enthaltung die Beschlussvorschläge der Verwaltung:

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

Der erstmals nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung erstellte Jahresabschluss des Rems-Murr-Kreises zum 31.12.2010 wird mit den in Drucksache 2012-36 ausgewiesenen Ergebnissen festgestellt.

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

Der Kreistag nimmt den Schlussbericht 2010 des Geschäftsbereichs Kreisprüfung zur Kenntnis.

Auszüge:

2 GB Finanzen

1 GB Kreisprüfung

§ 4

Brand an der Fröbelschule in Fellbach-Schmidlen; Information zur Schadensbehebung und dem vorläufigen Schulbetrieb sowie Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen

(Drucksachen 2012-43-VSKA02.07. und 2012-43a-VSKA02.07.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksachen und berichtet, dass die Versicherung den Rückbau und die Schadensbehebung übernimmt.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert die Interims-Unterbringung der Schule anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig:

Beschlussempfehlung an den Kreistag:

1. Die Vorgehensweise zur Schadensbehebung und Interimsunterbringung wird zur Kenntnis genommen.
2. Die unter Punkt 3 in der Drucksache 2012-43 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für die laufende Interimsunterbringung mit insgesamt 105.000 Euro werden bewilligt.
3. Der außerplanmäßigen Auszahlung für die Gebäudewiederherstellung unter Punkt 4 in Höhe von 1.000.000 Euro wird zugestimmt.
4. Der zusammenfassenden Ausführung der gesamten noch anstehenden energetischen Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Wiederaufbaus der Schule im Jahr 2013 wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Schulen, Bildung, Kultur

§ 5

Berufsvorbereitende Einrichtung an der Gewerblichen Schule in Backnang
(Drucksache 2012-44-VSKA02.07.)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert die Drucksache 2012-44 zusammenfassend.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Einrichtung einer Berufsvorbereitenden Einrichtung an der Gewerblichen Schule in Waiblingen zum Schuljahr 2012/13 wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Schulen, Bildung, Kultur

§ 6

Sachstandsbericht zum Neubau des Rems-Murr-Klinikums in Winnenden sowie Fortschreibung der Wirtschaftlichkeitsberechnung

Die Ausschussmitglieder erhalten eine aktuelle Kostenprognose sowie einen Bauzeitenplan ausgehändigt, die auch den weiteren Mitgliedern des Kreistags übersandt werden.

Landrat Fuchs führt einleitend aus, die Störung des Bauablaufs infolge der Probleme an der „Weißen Wanne“ und auch durch die zu geringen Handwerkerkapazitäten beim Heizungs-Lüftungs-Sanitär-Gewerk, sei ärgerlich und unbefriedigend. Für die „Weiße Wanne“ sei zwischenzeitlich durch eine Expertenrunde eine Lösung gefunden worden die sicherstelle, dass Bauschäden oder Nutzungsbeeinträchtigungen im Basement ausgeschlossen würden. Mehrkosten durch den Hohlraumboden und Bauverzögerung würden im Rahmen des Beweissicherungsverfahrens rechtlich geltend gemacht. Die Folge sei, dass die Bauzeitenpläne neu verhandelt und festgelegt werden müssten. Die Konsequenz sei, dass eine Inbetriebnahme vor der Sommerpause 2013 ausscheide, sodass der Herbst 2013 als Zieldatum anvisiert werde. Hier sei „Sorgfalt vor Schnelligkeit“ oberstes Gebot. Dies habe auch Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeitsberechnung, die nachgeliefert werde.

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken, erläutert den Sachstand der Bauarbeiten anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Für die „weiße Wanne“ habe eine Arbeitsgruppe eine Lösung mit einem Hohlraumboden mit der Möglichkeit der Trocknung und Wartung erarbeitet. Die Gesamtkosten hierfür würden ca. 2,5 Mio. Euro betragen. Hierzu werde ein Beweissicherungsverfahren geführt, um beim Verursacher Kosten und Schadensersatz geltend machen zu können.

Herr Winter erläutert den neuen Terminplan aufgrund der Verzögerungen. Dieser sehe eine Übergabe im Juli 2013 vor. Insgesamt ergebe sich eine Verschiebung von 3 – 5 Monaten, die mit den Firmen abgesprochen werde.

Er legt zum Antrag der CDU-Fraktion dar, es könne sein, dass sich Auswirkungen auf die Bauzeit zinsen ergeben könnten. Dies werde derzeit geprüft, sodass heute noch keine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorgelegt werden könne.

Geschäftsführer Winter erläutert die aktuelle Kostenprognose. Es ergebe sich derzeit eine Budget-Überschreitung von 1,8 Mio. Euro, die mit dem Aufwand der weißen Wanne verrechnet werden müsse, sodass sich eine Unterschreitung von rd. 681.000 Euro netto ergebe.

Im Übrigen berichtet Herr Winter über den Stand der weiteren Bauarbeiten.

Kreisrat Kaufmann verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion zum Informationsverhalten der Verwaltung. Er bitte um Stellungnahme hierzu. Hinsichtlich der Kostenprognose habe er erwartet, dass dargelegt werde, wie der Risikopuffer abgeschmolzen sei.

Kreisrat Hestler kritisiert, dass aus dem Aufsichtsrat verzögert, ausweichend und nicht vollständig informiert werde. Dies komme in der Öffentlichkeit nicht gut an. Hinzu komme die Diskussion um die Notfallpraxen.

Kreisrat Hesky erklärt, er wolle ausdrücklich feststellen, dass die Fraktion der Freien Wähler den Aussagen von Landrat Fuchs und Geschäftsführer Winter vertraue. Er bitte hierbei auch die Größe des Projekts zu berücksichtigen. Von der Kassenärztlichen Vereinigung (KVBW) erwarte er, dass die Notfallpraxen in Waiblingen und Backnang verbleiben.

Kreisrat Lenk verweist auf das Schreiben von Landrat Fuchs vom 22.06.2012 mit dem die Kreisratsmitglieder transparent über den Sachstand informiert worden seien. Insofern wolle er sich von den erhobenen Vorwürfen distanzieren. Wichtig sei jetzt ein Beweissicherungsverfahren und dass alles getan werde, um die Schäden zu beseitigen. Die Einhaltung des Budgets und die Entwicklung der Risikoreserven bleiben daher abzuwarten.

Kreisrat Sczuka erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Die Informationen würden zwar nicht in Frage gestellt, man erwarte jedoch, dass die Öffentlichkeit ausreichend informiert werde. Deren Ängste, z.B. wegen des schwierigen Baugrunds, müssten ernst genommen werden

Kreisrätin Fauth-Rank erklärt, der heutige Bericht diene der Transparenz. Sie bitte darum, auch die Kosten aufzuführen, die durch die Verlängerung des Betriebs in Waiblingen und Backnang entstünden.

Kreisrat Dr. Ketterer verweist auf die verzögerte Inbetriebnahme des neuen Flughafens in Berlin aufgrund von Problemen mit dem Brandschutz. Es müsse gewährleistet sein, dass dies beim neuen

Klinikum nicht passiere.

Landrat Fuchs weist die Vorwürfe, es werde nur unvollständig informiert, entschieden zurück. Er erinnert daran, dass es zwei Sondersitzungen des Aufsichtsrates gegeben habe. Im Anschluss daran habe man sich darauf verständigt, dass die Mitglieder des Kreistags und die Öffentlichkeit informiert werden. Darüber hinaus sei das Thema bei jeder Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses und auch bei den Kreistagssitzungen auf der Tagesordnung. Das Kommunikations- und Informationsverhalten der Kassenärztlichen Vereinigung hinsichtlich der Notfallpraxen halte er für einen haarsträubenden Vorgang. Nach Bekanntwerden habe er sich umgehend an die Sozialministerin gewandt und dagegen interveniert. Das Thema ÖPNV-Verbindungen zur neuen Klinik sei ebenfalls umfassend und zeitnah diskutiert worden. Bei den Risikoreserven würden alle Nachträge ins Budget eingestellt. Dies werde jedoch nichtöffentlich behandelt, um Begehrlichkeiten seitens der Firmen zu vermeiden.

Geschäftsführer Winter weist ergänzend darauf hin, dass umfassend informiert werde. Dies gelte auch für die Rissbildung bei der Bodenplatte. Auch das Schreiben an die Kreisräte vom 22.06.2012 sei an die Presse gegangen. Umfassende Brandschutz-Maßnahmen seien vorgesehen. Für den verlängerten Weiterbetrieb der Häuser in Backnang und Waiblingen seien Kosten in Höhe von 600.000 – 700.000 Euro zu kalkulieren. Hier seien auch Schadenersatzansprüche zu prüfen.

Kreisrat Hesky bittet zu beachten, dass der Zeitplan für die Inbetriebnahme sich auch auf die Nutzungsplanung in Waiblingen auswirke. Er bitte um einen regelmäßigen Statusbericht für den Aufsichtsrat.

Kreisrat Hestler weist darauf hin, dass es im Interesse einer guten Akzeptanz des neuen Krankenhauses, auch um vertrauensbildende Maßnahmen in der Bevölkerung gehe.

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zum Neubau des Rems-Murr-Klinikums in Winnenden sowie den Bericht zur Fortschreibung der Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken

1 Dezernat 2

§ 7

Spendenbericht

(Drucksache 2012-45-VSKA02.07.)

Der Ausschuss beschließt einstimmig:

Der Annahme der in der Anlage zu Drucksache 2012-45-VSKA02.07. aufgeführten Spenden und Zuweisungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Finanzen

§ 8

Verschiedenes

Kreisrat Kaufmann regt an, aufgrund des starken Unwetters am 30.06.2012 zusätzliche Grüngutabfuhr einzuschieben.

Landrat Fuchs erklärt, es seien nicht alle Städte und Gemeinden des Kreises gleich betroffen gewesen. Die AWG solle sich mit den Kommunen in Verbindung setzen und z. B. Sonderöffnungszeiten für die Häckselplätze vereinbaren.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert